

**PROTOKOLL
ZUR 10. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS
„ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“**

Datum: 15.09.2008
Beginn: 16:45 Uhr
Ende: 21.05 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Matthias Goetz & Jana Pfarr & Franziska Meinhardt
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung (vgl. Vorschlag einer Tagesordnung):

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über die Protokolle der 8. und 9. Sitzung des Mediationsforums
am 23.06.2008 und am 07.07.2008
4. Aktuelles: Was gibt es Neues/Berichtenswertes?
 - 4.1 Bericht Landwehrkanal-Fest am 13. September 2008
 - 4.2 Information Rußpartikelfilter
 - 4.3 Bericht WSA Berlin
5. Temporäre Sicherungsmaßnahmen: Ergebnisse der Prüfung „Variante WSA/Plass“
und „Variante Kleimeier“
6. Vorstudie „Masterplan Landwehrkanal“ - Diskussion und weiteres Vorgehen
7. Verschiedenes und Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Das Mediatorenteam begrüßte die Teilnehmer und Gäste der 10. Sitzung des Mediationsforums. Frau Voskamp stellte die Gäste vor, die an dieser Sitzung teilnehmen:

- Frau Bodenmeier, WSA Presse/Öffentlichkeitsarbeit
- Herr Nagel, Abteilungsleiter der Abt. I in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
- Herr Dr. Schulz, Bezirksbürgermeister und Baustadtrat im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg
- Herr Leonhardt und Herr Mittag, Gutachter der Firma GuD Planungsgesellschaft für Ingenieurbau mbH
- Herr Prof. Dr.-Ing. Heimann, TFH Berlin, Fachgebiet Wasserbau

Frau Kayser habe sich urlaubsbedingt für die Sitzung entschuldigt, Herr Lingenauber werde sich wegen Terminüberschneidungen etwas verspäten.

Da Herr Scholz und Herr Hildebrandt die Sitzung terminbedingt vorzeitig verlassen müssten, stimmte das Forum zu, die Sitzung früher als anberaumt, d.h. um 21:00 Uhr, zu beenden.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Nach Verlesen der Tagesordnung kam das Forum darin überein, den Tagesordnungspunkt „Ergebnisse der Variantenprüfung“ vor den Punkt „Vorstudie Masterplan Landwehrkanal“ zu verschieben. Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung beschlossen.

3. Beschluss über die Protokolle des 8. und 9. Sitzung des Mediationsforums

Zum 8. Protokoll des Mediationsforums gab es keine Änderungsanträge. Das Protokoll wurde vom Forum beschlossen.

Das Protokoll der 9. Sitzung wurde mit einer Änderung auf Seite 9 vom Forum beschlossen.

4. Aktuelles: Was gibt es Neues/Berichtenswertes?

4.1 Bericht Landwehrkanal-Fest am 13. September 2008

Herr Heitmann berichtete über das Landwehrkanal-Fest, das am 13. September 2008 unter dem Motto „Landwehrkanal für Alle“ stattfand. Die Veranstaltung, in der es u.a. eine Paddelparade und eine Podiumsdiskussion gab, sah er als gelungen und erfolgreich an. Er bedankte sich beim WSA Berlin und allen Beteiligten, die die Veranstaltung unterstützt haben und er kündigte an, dass für 2009 eine ähnliche Veranstaltung geplant werde.

Herr Appel ergänzte, dass das Mediationsverfahren zur Zukunft des Landwehrkanals durch diese Aktion wieder ins Gedächtnis gerufen werden sollte und bedauerte, dass kein Mitglied des Verkehrsministeriums gekommen sei und auch die Mediatoren nicht anwesend gewesen seien. Die Moderation der abendlichen Podiumsdiskussion habe ein Zitty-Redakteur übernommen.

Frau Guttzeit bedauerte ausdrücklich, dass weder Herr Törkel, Abteilungsleiter im BMVBS, noch Frau Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer, die beide eingeladen waren, an der Podiumsdiskussion teilgenommen haben.

Herr Kessen erwiderte, dass wegen langfristig festgelegter anderweitiger Termine die Mediatoren nicht haben teilnehmen können. Herr Freise ergänzte, dass die Reedereien erst sehr spät von diesem Termin erfahren hätten und somit an der Veranstaltung ebenfalls nicht hätten teilnehmen können.

4.2 Information Rußpartikelfilter

Herr Loch berichtete, dass ab 2009 in Berlin drei Schiffe mit Rußpartikelfilter fahren würden. Dies beruhe auf einem Kooperationsvertrag zwischen Reedereien und Berliner Senat. Mehrere Forumsteilnehmer/innen begrüßten diese Neuigkeit. Herr Appel wies auf die thematische Verknüpfung mit dem Arbeitskreis Schifffahrt und Wirtschaft hin, in dem zu diesem Thema bereits diskutiert worden sei.

4.3 Bericht WSA Berlin

Herr Scholz berichtete über die Arbeit des WSA bezüglich des Landwehrkanals in den letzten Wochen seit der 9. Forumssitzung am 7. Juli 2008:

- Stand der Vorbereitungen zur Entfernung der Betonklötze an den gesicherten Bäumen: Die erforderlichen Spundwanddielen seien bestellt worden, die Ausschreibung für die Verpressung der Spundwände zur temporären Sicherung laufe derzeit.
- Stand Fugenpflege: an den Kanalmauern seien dickere Äste abgeschnitten und schadhafte Abdeckplatten gerichtet bzw. erneuert worden; eine Fugensanierung habe nicht stattgefunden.
Auf Nachfrage von Herrn Dohna erläuterte Herr Scholz, dass die Fugensanierung derzeit noch von der Firma Meyer durchgeführt werde. Der Vertrag umfasse die Beseitigung mechanischer Beeinträchtigungen des Mauerwerks, habe eine viermonatige Nachlaufzeit und laufe Ende Oktober 2008 aus. Ob für 2009 eine erneute Ausschreibung erfolgen werde oder ob die Arbeiten mit eigenen Kräften der WSV ausgeführt werden können, sei noch offen.
- Über die vier angelegten Testfelder gebe es ein Zwischenergebnis, welches allerdings noch nicht referierbar sei. Die Auswertung müsse erst noch erfolgen. Das WSA werde den Bericht schnellstmöglich fertig stellen und anschließend den Mediatoren zur Verteilung an die Forumsmitglieder übermitteln.
- Die Kampfmittelsondierung und -räumung im Landwehrkanal seien abgeschlossen.
Viele Forumsmitglieder zeigten sich erfreut über die kürzlich per Email an alle versandte positive Rückmeldung von Seiten des Baumgutachters Herrn Barsig, der die Arbeiten begleitet hat.

Herr Appel lobte die Vorgehensweise des Bezirksamtes Neukölln bei den notwendigen Baumarbeiten an sechs Trauerweiden am Kanal, insbesondere Art, Zeitpunkt und Umfang der Information. Eine Fällung von Bäumen ist nicht vorgesehen.

5. Temporäre Sicherungsmaßnahmen: Ergebnisse der Prüfung der „Variante WSA/Plass“ und der „Variante Kleimeier“

Herr Mittag und Herr Leonhardt vom Büro GuD Planungsgesellschaft für Ingenieurbau mbH stellten die Ergebnisse der Variantenprüfung vor. Sie stimmten zu, dass die Präsentation über die Mediatoren allen Teilnehmer/innen übermittelt und dass sie auch auf die Homepage der Verfahrens unter www.landwehrkanal-berlin.de eingestellt werden könne.

Im Anschluss an den Vortrag wurden einige Verständnisfragen gestellt, die von den Gutachtern wie folgt beantwortet wurden:

- Inhalt der Umweltverträglichkeitsprüfung in Bezug auf die „Variante Kleimeier“: Zu untersuchen sein würde in diesem Zusammenhang insbesondere die Verträglichkeit des zum Einsatz vorgesehenen Zements sowie die im Zuge der Ausführung erforderliche Grundwasser-Absenkung.
- Mögliche Auswirkungen der Spundwandeinpressung auf den Zustand der Uferwand: Die Gutachter weisen aufgrund des Zustands der Ufermauer auf die Notwendigkeit einer intensiven ingenieurtechnischen Begleitung der Arbeiten hin. Herr Scholz ergänzte, dass die vorgesehene Verpressmethode die schonendste Methode zum Einbringen der Spundwände sei.
- Art der Ermittlung bzw. Verlässlichkeit der vorgestellte Bauzeitabschätzung für die „Variante Kleimeier“ durch die Gutachter: Herr Mittag führte aus, dass hinsichtlich der veranschlagten Bauzeit noch Optimierungspotenzial bestünde, es handle sich zunächst nur um eine Grobabschätzung, die erst nach genauerer Planung präzisiert werden könne.
- Verhältnis der Bauzeitabschätzung für beide Varianten: Herr Mittag erläuterte, dass die „Variante Kleimeier“ im Unterschied zur „Variante Plass/WSA“ aufgeteilt werde in zwei Abschnitte: Der erste Abschnitt für die Dauer der temporären Sicherung sei vergleichbar mit der „Variante Plass/WSA“. Bei der „Variante Kleimeier“ sei zusätzlich die Möglichkeit untersucht worden, dass diese Variante - anders als die Variante „Plass/WSA“ - außerdem als endgültige Lösungsvariante für eine Sanierung ausgeführt würde. Für die Dauer der Bauzeit könne derzeit nur eine ganz grobe Schätzung abgegeben werden.
- Umfang der bei „Variante Kleimeier“ erforderlichen temporären Grundwasserabsenkung und Abschätzung möglicher Auswirkungen für die Bäume: Herr Mittag führte anhand der Präsentation aus, welchen ungefähren Umfang eine Grundwasserabsenkung haben könnte. Würden betroffene Bäume beispielsweise durch eine gezielte externe Bewässerung gegossen werden, würden seiner Ansicht nach aus diesem Grund keine Bäume sterben. Eine derartige Grundwasserabsenkung sei für eine Baumaßnahme dieser Größenordnung im innerstädtischen Bereich durchaus normal. Herr Scholz ergänzte, dass die zusätzlichen Kosten hierfür in einem solchen Fall vom WSA übernommen würden.
- Herr Mittag erläuterte, dass die endgültige Lösung der „Variante Kleimeier“ nicht im Vergleich zu anderen endgültigen Lösungsvarianten bewertet worden sei. Das war nicht Gegenstand des Auftrags.
- Geschätzte Dauer für die noch nicht vorliegende erforderliche statische Berechnung der „Variante Kleimeier“: Die Gutachter gingen davon aus, dass die Erstellung der Berechnungen 2 bis 4 Wochen dauern würde, wenn alle Rahmenbedingungen zuvor geklärt seien. Zu berücksichtigen sei zusätzlich die notwendige Abstimmung mit den Behörden, insbesondere mit dem Denkmalschutz. Herr Scholz ergänzte, dass die statischen Berechnungen nicht nur ausgeführt, sondern zuvor erst noch beauftragt werden müssten und hierfür zusätzlich Zeit einzuplanen wäre.
- Standsicherheit der Spundwände: Herr Scholz versicherte, dass die Spundwände unverankert standsicher sein würden. Er erinnerte daran, dass Ziel der temporären Maßnahmen sei, auf den betroffenen 370 m Kanalufer die Betonklötze, mit denen die Bäume gesichert seien, zu beseitigen. Eine möglicherweise zum Einsatz kommende Stückelung der Spundwände beeinträchtige die Standsicherheit nicht.
- Klärung über mögliche Vorwegnahme von Sanierungsentscheidungen durch Ausführung der „Variante WSA/Plass“: Gutachter und WSA versicherten, dass es kein Problem darstellen würde, wenn später entschieden würde, dass die „Variante Kleimeier“ nicht als temporäre, sondern als endgültige Lösung zur Ausführung kommen solle, nachdem die temporären Sicherungsmaßnahmen in der „Variante WSA/Plass“ ausgeführt worden wären. Dann müsste lediglich die Sandverfüllung

wieder entfernt werden. Die Kosten hierfür stellten im Verhältnis zu den Kosten für die Gesamtmaßnahme nur einen Bruchteil dar und seien daher zu vernachlässigen. Die Ausführung der temporären „Variante WSA/Plass“ stelle demnach keine Vorwegnahme dar für eine spätere endgültige Lösung mittels der „Variante Kleimeier“. Derzeit fehle für die „Variante Kleimeier“ noch die Statik, daher könne man diese Variante innerhalb des vorgesehenen Zeitplanes noch nicht ausführen. Herr Scholz erläuterte, dass der Baubeginn für den 03.11./04.11.2008 geplant sei.

Im Anschluss an die Präsentation der Ergebnisse des Gutachtens entstand eine Diskussion um die Vorgehensweise des WSA bezüglich der Variantenprüfung und der Ausschreibung der Verpressarbeiten.

Mehrere Forumsteilnehmer/innen kritisierten, dass die Ausschreibung der Verpressarbeiten gemäß „Variante WSA/Plass“ erfolgt sei ohne das Ergebnis der Prüfung abzuwarten und ohne die Forumsmitglieder zu informieren, wenngleich die Gründe hierfür zwischenzeitlich, jedoch erst nachträglich, nachvollzogen werden könnten. Sie erkannten in dem Vorgehen des WSA und der WSV eine nachhaltige Störung des aufgebauten Vertrauens, da sie u.a. die Sorge haben, dass durch die nicht-kommunizierte Entscheidung für die „Variante WSA/Plass“ ein Präjudiz für die endgültige Lösung geschaffen würde.

Herr Scholz sicherte zu, dass Untersuchungen zur Durchführung der „Variante Kleimeier“ als endgültige Lösung weiterhin laufen würden und betonte, dass die Ausführung der „Variante WSA/Plass“ nur eine temporäre Sicherungsmaßnahme sei. Mehrere Teilnehmer/innen verwiesen auf die drängende Zeit zur Durchführung dieser temporären Maßnahmen. Sie erinnerten daran, dass im Forum beschlossen worden sei, die Betonklötze so schnell wie möglich zu entfernen und die nötigen Baumaßnahmen nach Saisonende der Fahrgastschiffahrt Mitte Oktober 2008 durchzuführen. Eine Verzögerung der Umsetzung dieses Ziels sowie eine Beeinträchtigung des Schiffsverkehrs soll vermieden werden.

Frau Kleimeier entgegnete, dass bei Durchführung der von der BAW empfohlenen „Variante WSA/Plass“ (Plass Variante 6) für die betreffenden 370 m eine dauerhafte Kanalverengung von 2,50 m pro Seite in Kauf genommen werden müsse. Sie kritisierte das Prüfergebnis der BAW (Bundesanstalt für Wasserbau) über die Varianten, indem sie zitierte, dass „die `Lösung Kleimeier` nicht zu empfehlen sei“.

Herr Hildebrandt erwiderte, dass dieser Satz nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden dürfe, denn er bedeute nur, dass die „Variante Kleimeier“ zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingesetzt werden könne.

Die Mediatoren verdeutlichten, dass die Diskussion derzeit auf unterschiedlichen Ebenen geführt würde: zum einen auf der inhaltlichen Ebene - hier ging es darum zu erläutern, was die technischen und vergaberechtlichen Hintergründe dafür seien, dass die Ausschreibung in der dargelegten Art erfolgt sei; zum anderen auf einer Ebene, bei der es um Kommunikation und Transparenz ginge - hier ginge es vor allem darum, diese Vorgehensweise gut und für alle transparent und rechtzeitig zu kommunizieren. Herr Kessen erklärte, dass einige Teilnehmer/innen nun befürchteten, dass möglicherweise auf eine schleichende Art und Weise aus einer temporären eine endgültige Variante werden könnte. Mehrere Teilnehmer/innen bestätigten dies.

Herr Kessen fasste zusammen, dass unterschieden werden müsse zwischen der temporären und der endgültigen Variante. Für eine endgültige Lösung sei auch noch das Forum aufgerufen, darüber nachzudenken. Frau Kleimeier äußerte daraufhin ihre Befürchtung, dass das Mediationsforum möglicherweise nicht mehr existieren könnte, wenn diese Entscheidungen anstünden. Herr Dohna kritisierte die fehlende Transparenz in der Kommunikation und in dem Vorgehen des WSA bezüglich der Ausschreibung, äußerte sein Misstrauen gegenüber dessen Verhalten und legte dar, dass ihm ein erneutes Versprechen

zur besseren Kommunikation seitens der WSV nicht ausreiche. Er zweifelte an der Ernsthaftigkeit des Kooperationswillens seitens der WSV und forderte, dass sich die politische Führung einschalten sollte. Frau Fortwengel bezeichnete das Geschehene als einen Miniskandal. Frau Guttzeit verlangte einen besseren Informationsfluss seitens der WSV im Zuge des weiteren Vorgehens. Sie ergänzte, dass Herr Törkel der Mediation gegenüber grundsätzlich aufgeschlossen sei, allerdings noch nie teilgenommen habe, was sie bedaure.

Herr Kessen stellte zur Klärung fest, dass, wenn das WSA sich ohne das Forum einzubeziehen - quasi im Alleingang - für eine endgültige Sanierungsvariante entscheiden würde, sicherlich das Mediationsverfahren beendet sei. Darüber herrschte unter den Forumsteilnehmer/innen Konsens.

Herr Scholz und Herr Hildebrandt äußerten sich betroffen über die vorgetragene Kritik. Herr Scholz versicherte, dass die Mitarbeiter/innen des WSA in guter Absicht gehandelt hätten. Er entschuldigte sich für die mangelnde Kommunikation, aber nicht für die Sachentscheidung, denn man habe gewusst, dass man im 10. Mediationsforum Rede und Antwort stehen müsse. Herr Hildebrandt versprach, die geäußerte Kritik zu nutzen, um die Abläufe innerhalb der Verwaltung künftig zu verbessern. Er räumte ein, dass die Möglichkeit bestünde, die Ausschreibung aufzuheben, ein Auftrag sei noch nicht erteilt. Allerdings sei zu bedenken, dass die Betonklötze dann weiterhin stehen bleiben würden.

Herr Heitmann stellte heraus, dass die Betonklötze an den Ufern so schnell wie möglich beseitigt werden müssten und dass bei der „Variante Kleimeier“ wohl noch zu viele Fragezeichen offen seien, um sie kurzfristig umzusetzen. Er plädierte dafür, mit der Ausführung der „Variante WSA/Plass“ nun zu beginnen, was aber nicht bedeuten solle, dass die „Variante Kleimeier“ nicht später noch daran ansetzen könnte.

Herr Lingenauber fügte hinzu, dass die Variante weiter geprüft werden solle, aber man auseinanderhalten müsse, ob es sich um temporäre oder endgültige Varianten handle. Eine endgültige Lösungsvariante - wie auch immer sie aussehen möge - wäre insbesondere an dem Grad des Substanzerhalts zu messen. Eine temporäre Lösung müsse daran gemessen werden, inwieweit sie möglicherweise präjudizierend wirken könne gegenüber denkmalgerechten Lösungen.

Die Mediatoren klärten, dass es bei der Diskussion darum ginge, wie das Forum mit der getroffenen Entscheidung des WSA umgehen wolle. Sie fragten die Teilnehmer/innen, ob die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Konsens dahingehend bestünde, eine Entscheidung zu treffen für eine temporäre Variante, die kein Präjudiz beinhalte für eine endgültige Sanierungsvariante. Herr Kessen fragte das Forum, wo es noch inhaltliche und wo es formale Schwierigkeiten gebe, was mögliche Schritte in Richtung eines Konsenses sein könnten und welche Optionen das Forum für das weitere Vorgehen sehen würde. Er habe den Eindruck, dass manche Forumsteilnehmer/innen Bedenken hätten, dass durch den Eintritt der normativen Kraft des Faktischen - etwa ein weiterer Ufereinsturz - gewisse Optionen, die jetzt noch offen seien, ausgeschlossen sein würden. Die Mediatoren wiesen abschließend darauf hin, dass es noch weitere Tagesordnungspunkte gebe, zu denen Gäste eingeladen worden seien, die man zu Wort kommen lassen wolle.

Einige Forumsteilnehmer äußerten die Sorge, dass bei Umsetzung der „Variante WSA/Plass“, bei der der Raum zwischen Ufer und Spundwand mit Sand verfüllt werde, in dem Moment, in dem der Sand wieder herausgeholt werden muss, um anschließend beispielsweise eine andere Variante als die von Frau Kleimeier als endgültige Variante umzusetzen, wieder die Baumsicherung durch die Betonklötze erfolgen müsse.

Herr Mittag bestätigte, dass sich nach dem Abbau der Spundwände eine Notwendigkeit zur Sicherung der Bäume erneut ergeben würde. Wie damit umzugehen sei, hinge jedoch nicht zuletzt von der Art der endgültigen Lösung ab. Eine Sicherung durch die Betonklötze sei allerdings sicherlich nicht notwendig.

Frau Fortwengel plädierte dafür, dass in einem von den sieben Abschnitten, für die eine temporäre Spundwandlösung erforderlich ist, die „Variante Kleimeier“ weiter geprüft werden sollte.

Herr Lingenauber unterstützte diesen Vorschlag und wies darauf hin, dass wohl sowieso eine Bauwerksuntersuchung bei der Sanierung durchzuführen sei. Die Umsetzung der „Variante Kleimeier“ scheine dafür Möglichkeiten zu bieten. Daraufhin erwiderte Herr Mittag, dass beim Einpressverfahren eine solche Untersuchung nicht notwendig sei. Dennoch plädierte Herr Lingenauber dafür, die Variante von Frau Kleimeier genauer zu untersuchen, da ansonsten wertvolle Zeit ungenutzt verstreichen könnte. Den Zeitraum der temporären Sicherung plus der Zeit „X“ werde man sich möglicherweise nicht leisten können. Er forderte die WSV dazu auf, nähere Untersuchungen zur Variante von Frau Kleimeier durchzuführen.

Herr Hildebrandt wiederholte seine Zusage zur Durchführung weiterer Untersuchungen zur Prüfung der „Variante Kleimeier“. Er wies darauf hin, dass das WSA doch selber ein Interesse daran habe, diese Variante weiterhin zu prüfen. Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass u.a. zu prüfen sei, ob die Ausführung dieser Variante dazu geeignet sei, gefährliche Baustellenbereiche als Spielplatz zu missbrauchen, da er sich vorstellen könnte, dass Leute in den Hohlräumen herum klettern würden, insbesondere dann, wenn die Bauzäune nicht mehr stehen würden.

Frau Fortwengel erwiderte, das WSA solle es doch einmal wagen, in einem Abschnitt des Kanals die „Variante Kleimeier“ auszuprobieren. Dies würde als eine vertrauensbildende Maßnahme von Seiten des WSA gewertet werden können. Frau Kleimeier solle bei der Findung eines geeigneten Abschnitts hinzugezogen werden.

Herr Hildebrandt erklärte sich dazu bereit, insofern es einen Forumsbeschluss hierzu geben würde. Der Bauzaun sollte aus Sicherheitsgründen in dem betreffenden Bereich stehen bleiben.

Herr Lingenauber plädierte dafür, möglichst rasch zu handeln, um keine Zeit zu verlieren. Ansonsten habe er Sorge, dass keine Zeit mehr für Untersuchungen bleiben könnte. Er befürwortete den Vorschlag, einer Erprobung der „Variante Kleimeier“ in einem auszuwählenden Abschnitt, wies jedoch darauf hin, dass eine Abstimmung darüber mit dem Landesdenkmalamt notwendig sei.

Herr Loch gab seiner Freude Ausdruck, dass nach zwei Stunden eine salomonische Lösung gefunden schien und von Herr Scholz wurde ihm versichert, dass es bei dem verabredeten Ende der Bauzeit am 31. März 2009 bleiben würde.

Die Mediatoren fragten die Teilnehmer/innen, ob sich über die sich abzeichnende „6:1-Lösung“ ein Konsens herstellen ließe. Frau Voskamp fasste zusammen, dass ein gemeinsamer Beschluss des Forums beinhalten könnte: die Ausführung einer temporären Lösung nach dem Vorschlag der „Variante Plass/WSA“ in 6 von 7 Kanalufer-Abschnitten, die eine spätere endgültige Lösung, z.B. die „Variante Kleimeier“ oder andere vom Forum noch zu findende, ermögliche; sowie die Prüfung der Ausführung der „Variante Kleimeier“ in 1 von 7 Abschnitten nach Durchführung noch erforderlicher Untersuchungen, Berechnungen und Abstimmungen. Für den siebten Abschnitt herrsche noch keine Klarheit darüber, inwieweit die temporäre „Variante Kleimeier“ dort umgesetzt werden könne. Die Bauzeit mit Fertigstellung 31. März 2009 würde jedoch bestehen bleiben.

Herr Scharz fügte klärend hinzu, dass die Betonklötze und die Bauzaunabsperungen bleiben würden, wenn das Forum dem Vorschlag nicht zustimmen würde. Herr Hildebrandt bat im Falle einer Einigung auf den Vorschlag um schnelle Festlegung des betreffenden Abschnitts für die „Variante Kleimeier“. Verabredet wurde mit den Teilnehmer/innen, eine kleine Gruppe zur Abschnittssuche zu bilden, die die Ergebnisse dem Forum vorstellen solle. Die Gruppe sollte bestehen aus: WSA, WSD-Ost, Frau Kleimeier, Herrn Lingenauber, Herrn Dohna, Frau Fortwengel, Herrn Mittag.

Mehrere Teilnehmer/innen warben dafür, sich einen Ruck zu geben und dem Vorschlag zuzustimmen. Herr Dohna ergänzte, er halte das für eine charmante Lösung und man könne daraus ein kleines Pilotprojekt machen.

Auf die Frage von Herrn Kessen an das Forum, ob nun alle den Beschluss mittragen könnten, erfolgte ein einstimmiges JA.

Herr Leder betonte, dass ihm wichtig sei, dass am Ende der Baumaßnahmen zur temporären Sicherung alle Betonklötze beseitigt sein sollten. Wenn dies gewährleistet sei, was die Forumsteilnehmer/innen bejahten, stimme er zu.

Man einigte sich im Forum darauf, dass die Gruppe, die die Abschnittsauswahl durchführt, das Forum über das Ergebnis umfassend informieren solle.

6. Vorstudie Masterplan Landwehrkanal - Diskussion und weiteres Vorgehen

Frau Voskamp erläuterte den Stand der bisherigen Diskussion. Aus der Aufgabenstellung an BI und Bürgerinnen heraus, Planungsbüros auszuwählen und vorzuschlagen, die weitere Sanierungsvarianten entwickeln könnten, die über die bisher gedachten und vorliegenden 11 Varianten hinausgehen, hatte sich zwischenzeitlich bei der BI die Idee herauskristallisiert, dass die Planungsaufgabe zur Sanierung des Landwehrkanals umfassender angegangen werden sollte. Die Bürgerinitiative / der Verein haben in einem Planungsworkshop mit möglichen Planungsbüros herausgearbeitet, dass für den Landwehrkanal ein Masterplan bzw. die Vorstudie zu einem Masterplan erarbeitet werden sollte, um die anstehenden komplexen Fragestellungen umfassend bearbeiten zu können. Vertreter/innen der BI hatten einen Entwurf zur Aufgabenbeschreibung vorgelegt und mögliche Planungsbüros vorgeschlagen. Am 11. Juli 2008 hat der Arbeitskreis „Planerbeauftragung“ getagt, in dem u.a. Rahmenbedingungen zur Beauftragung von Planungsleistungen durch die WSV beraten wurden. Dabei wurde u.a. herausgearbeitet, dass die WSV einen Planungsauftrag dieser Aufgabenstellung nicht auslösen könne, da sie hierfür nicht zuständig sei. Sie würde mit einer solchen städtebaulichen Zielsetzung in die Planungshoheit des Landes Berlin eingreifen. Gleichwohl zeigte sie sich den herausgearbeiteten Fragestellungen gegenüber offen und hatte angeboten, innerhalb der Sommerpause 2008 Möglichkeiten für eine Vorstudie zu einem Masterplan Landwehrkanal auszuloten. Die Mediatoren haben die betroffenen Bezirksbürgermeister/innen sowie die zuständigen Abteilungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (SenGUV) zu dieser 10. Forumssitzung eingeladen, um Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Masterplans zu erläutern. Herr Dr. Schulz als Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg ist der Einladung gefolgt. Für SenStadt ist der Abteilungsleiter der Abteilung I, Herr Nagel gekommen, für SenGUV Herr Rehfeld-Klein. Das Forum dankte den Vertreterinnen der Bezirke und des Senats für ihr Kommen. Die Bezirke Neukölln, Charlottenburg-Wilmersdorf, Treptow-Köpenick und Mitte wurden vertreten durch die Forumsmitglieder Herr Kittelmann und Herr Mechelhoff, Frau Weigelt-Pilhofer, Frau Roterberg-Alemu sowie durch Herrn Leder.

Herr Hildebrandt erinnerte daran, dass man in der letzten, der 9. Forumssitzung trotz der dort bereits dargelegten Nicht-Zuständigkeit der WSV angeboten habe, sich nach Förderungsmöglichkeiten zu erkundigen. Man habe Gespräche mit Vertreter/innen des Landes Berlin und des BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) geführt. Er lege dar, dass der Bund nicht der alleinige Finanzier eines solchen Planungsvorhabens sein könne, sondern dass immer eine Co-Finanzierung durch das Land Berlin bzw. seiner Bezirke notwendig sei. Erst wenn dies sicher gestellt wäre, könnten Förderprogramme des Bundes greifen.

Eine Möglichkeit der Finanzierung sei die Akquirierung von Mitteln des Bund-Länder-Programms. Die finanziellen Mittel für 2009 seien allerdings bereits vergeben. Nur wenn das Land Berlin seine die ihm bewilligten Mittel selbst umpriorisieren würde, wäre hierüber eine Finanzierung denkbar.

Eine andere Möglichkeit sei es, Mittel der Deutschen Nationalen Städtebaupolitik zu beantragen. Bedingung sei allerdings, dass der besondere innovative Charakter des Vorhabens herausgestellt werden müsste, es sich quasi um ein Modellprojekt handeln müsste. Hier aktiv zu werden sei allerdings nicht Sache des Bundes, sondern das operative Geschäft der Umsetzung läge in der Zuständigkeit des Landes Berlin.

Herr Nagel dankte für die Einladung zum Forum. Er wies darauf hin, dass man Möglichkeiten der Finanzierung über und mit dem Bund sehr intensiv geprüft habe, Zuständigkeiten seien dabei berücksichtigt worden.

Herr Nagel erläuterte den Begriff des „Masterplans“ sowie die Berliner Planungsebenen: Bei einem „Masterplan“ handele es sich um ein strategisches Konzept. Derartige städtebaulich-räumliche Konzepte würden im Planungsmaßstab von 1:2.000 bis 1:5.000 angefertigt.

Auf Senatsebene existiere zunächst der Flächennutzungsplan (FNP) im Maßstab 1:50.000 bis 1:25.000. Eine Konkretisierung des FNP erfolge beispielsweise partiell durch Planwerke, die im Maßstab bis zu 1:10.000 angefertigt würden. Unter diese Maßstabsebene würde man auf Senatsebene nicht gehen. Auf Bezirksebene würden Bereichsentwicklungsplanungen (BEP) erstellt in Maßstäben von 1:10.000 bis 1:5.000. Einen noch höheren Detaillierungsgrad könnten Rahmenpläne o.ä. aufweisen.

Mit einem Masterplan bewege man sich nicht im Bereich von technischen Plänen, vielmehr sei dies eine strategische und städtebauliche Planung zum öffentlichen Raum. Mit ihm könne ein Rahmen für staatliches Handeln von etwa 2 bis 20 Jahren abgeleitet werden. Ein Masterplan könne eine Richtschnur sein, sei jedoch auch ein prozesshaft angelegter Plan, der laufend fortgeschrieben werde.

Voraussetzung für die Aufstellung eines solchen Masterplanes Landwehrkanal wäre, dass sich alle Flächenbeteiligten und Betroffenen für ihn aussprechen und über die Ziele einigen müssten. Herr Nagel erklärte, dass die Senatsverwaltung anbiete, die Steuerung und Moderation für die Aufstellung eines Masterplans Landwehrkanal zu übernehmen, dass dazu zuvor allerdings eine konkrete Willensbekundung der betroffenen fünf Bezirke erforderlich wäre. Die Bezirke seien nach seine Auffassung dabei unterschiedlich stark betroffen: für Friedrichshain-Kreuzberg werde wohl die Entwicklung am und im Landwehrkanal die größte Bedeutung haben, gefolgt von Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf, Neukölln und Treptow-Köpenick.

Eine Moderation des Planungsprozesses und ggf. die Funktion einer Geschäftsstelle hierfür könne die Senatsverwaltung sich vorstellen, eine inhaltliche Einmischung würde nicht stattfinden.

Herr Nagel führte aus, dass mit dem Masterplan Fragen der Finanzierung, der Qualifizierung der Biotopvernetzung und denkmalpflegerische Belange berücksichtigt werden würden. Die Initiierung eines Modellprojekts Nationale Städtebaupolitik halte er für gut und für geeignet. Für 2009 gehe er von Planungskosten in Höhe von etwa 50.000-

60.000 EUR aus. Eine Vorstudie halte er für entbehrlich, es könne seiner Auffassung nach sogleich an die Entwicklung des Masterplans selbst gegangen werden. Herr Nagel betonte, dass es sich nicht um einen verbindlichen oder vorbereitenden Bauleitplan handeln würde, sondern um eine allgemeine Planung, deren Umsetzung von dem Grad der Selbstbindung der Bezirke leben würde.

Frau Voskamp dankte Herrn Nagel für das positive Stimmungsbild aus der Senatsverwaltung. Interessant für die Forumsteilnehmer/innen wären nun die Stellungnahmen der betroffenen Bezirke.

Herr Kittelmann führte für das Bezirksamt Neukölln aus, dass im Bezirk vor allem das Maybachufer betroffen sei. Gerade hier habe man erst kürzlich eine umfassende Neugestaltung durchgeführt, die u.a. Bäume und Radwege einschloss sowie die Anlage einer Aussichtsterrasse am Landwehrkanal. Der Bezirk sehe nicht die Notwendigkeit, sich in Bezug auf eine Masterplanung zu engagieren. Herr Kittelmann fügte hinzu, er könne sich nicht vorstellen, den Masterplan mit dem Mediationsverfahren zusammenzuführen; dies käme einer Überfrachtung gleich und behindere die Lösung der unmittelbar anstehenden Probleme.

Frau Roterberg-Alemu führte für das Bezirksamt Treptow- Köpenick aus, dass in ihrem Bezirk nur ein kleiner Teil des Landwehrkanals liege und dieser Bereich über einen Bebauungsplan gesichert sei. Die bauliche Entwicklung in dem betreffenden Bereich sei weitgehend abgeschlossen. Eine Initiative zugunsten eines Masterplans werde es vom Bezirk aus nicht geben.

Frau Kalepsy führt aus, dass der Bezirk Friedrichshain - Kreuzberg die Idee eines Masterplans für sehr begrüßenswert halte und sehr positiv eingestellt sei. Vor allem für die Entwicklung von Radfahrwegen u.a.m. halte sie dies für einen positiven Impuls.

Frau Weigelt-Pillhofer erläuterte, dass Charlottenburg-Wilmersdorf keinen Handlungsbedarf erkennen könne.

Herr Leder ergänzte, dass der Bezirk Mitte nur in einzelnen ausgewählten Bereichen tätig werden könne, einem Masterplan jedoch keine Unterstützung zukommen würde.

Frau Voskamp fasste zusammen, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine moderierende Rolle anbiete bei einer möglichen Masterplanentwicklung, sich inhaltlich jedoch nicht einmischen würde. Von den betroffenen Bezirken sei nur Friedrichshain-Kreuzberg an der Aufstellung eines Masterplans interessiert. Sie stellte die Frage an die Teilnehmer/innen, was dies für das Forum und die nächsten Schritte bedeuten würde.

Herr Paulus führte aus, dass man in den verschiedenen Bezirksämtern Bürgerbedürfnisse ganz unterschiedlich wahrzunehmen scheine. Er warnte davor, diese Chance zu verschenken, da es sich bei dem Landwehrkanal um 11 km innerstädtische Qualität handele. Er gab seiner Freude über das positive Votum des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg zum Masterplan Ausdruck, lobte das positive Beispiel der Lohmühleninsel in Treptow-Köpenick und fragte, ob man in Mitte tatsächlich mit dem Zustand des Kanals zufrieden sein könne.

Herr Appel übergab Herrn Nagel einen Stapel Postkarten mit Unterschriften für eine umfassende Planung am Landwehrkanal. Er betonte, dass dies nur ein Teil von 4.000 verteilten Postkarten seien, die man insgesamt gesammelt habe. Er warb dafür, dass man die Chance, die sich böte Stadtgeschichte zu schreiben, nicht verpassen solle.

Frau Voskamp dankte Herrn Appel für das Engagement, das mit Verteilung und Sammlung der Postkarten deutlich zum Ausdruck gekommen sei.

Auf die Frage von Frau Enwaldt, ob der Masterplan die Bezirke etwas kosten würde, erwiderte Herr Nagel, dass es sich um eine Art Mischfinanzierung handeln würde, an der Bund, Senat und Bezirke beteiligt wären und bei der alle mitspielen müssten.

Frau Fortwengel plädierte daraufhin für eine 100%ige Finanzierung durch den Senat von Berlin ohne die finanzielle Beteiligung der Bezirke.

Auf die Frage von Herrn Heitmann was für Auswirkungen es hätte, wenn lediglich der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine Masterplanaufstellung befürworten würde, antwortete Herr Nagel, dass nach seiner Auffassung die Bezirksämter die Idee nicht komplett abgelehnt hätten, allerdings andere Prioritäten gesetzt worden seien. So sei es auch denkbar, dass zunächst ein Bezirk die Vorreiterrolle spielen würde. Hier seien mehrere Modelle und Vorgehensweisen denkbar und vor allem noch weitere Gespräche zu führen. Bezüglich des Themas der Finanzierung müsse man erfinderisch sein.

Herr Loch wollte einem möglichen Missverständnis vorbeugen und stellte nochmals klar, dass die Aufstellung eines Masterplans im Forum keineswegs beschlossen worden sei. Für ihn sei vielmehr die Sanierung der maroden Ufermauern absolut vorrangig. In diesem Zusammenhang verwies er nochmals darauf, dass die Landwehrkanal-Karte in der 9. Forumssitzung zuerst von den Reedereien ausgefüllt worden sei, der Beitrag der Bürgerinitiative würde hingegen noch fehlen.

Die Mediatoren erinnerten daran, dass die Dringlichkeit der Sanierung von niemandem im Forum bestritten würde und eine Zweigleisigkeit des Vorgehens angedacht worden sei. Es sei verabredet worden, Möglichkeiten der Aufstellung eines Masterplans gemeinsam auszuloten. Dazu diene diese Diskussion. Eine weitere Erarbeitung eines Masterplans könne ohnehin nicht - wie schon öfters dargestellt - nicht im Rahmen dieses Mediationsverfahrens erfolgen.

Frau Kalepky plädierte für die Entkoppelung des Masterplans vom Mediationsverfahren und appellierte an die übrigen Bezirksämter, diese Chance wahrzunehmen. Es handle sich um Themenkomplexe, die für alle interessant seien. Beim Masterplan handle es sich um die Entwicklung einer Strategie, deren Maßnahmen sukzessive abgearbeitet werden könnten. S. 11, 5. Absatz.

Frau Gutzeit fügte hinzu, dass, wenn 130 Mio. € für die Sanierung des LWK im Verkehrsministerium zur Verfügung stünden, warum dann nicht 1 Mio. € für einen Masterplan möglich wären und fragte Herrn Hildebrandt wie er das einschätzen würde.

Herr Hildebrandt erwiderte, der Bund bemühe sich das Thema wohlwollend zu prüfen. Aber es müsse klar sein, dass es sich nur um eine bis maximal 50%ige Unterstützung seitens des Bundes handeln könne. Mehr sei aufgrund der Zuständigkeiten nicht machbar.

Herr Appel wies darauf hin, dass er die Metapher der Zweigleisigkeit als unbefriedigend und unzutreffend erachte. Er halte einen ganzheitlichen Ansatz zur Lösung der anstehenden Probleme am Landwehrkanal für notwendig, wobei alle Beteiligten mit einbezogen werden sollten. Man solle nicht nur rein reaktiv handeln und man solle die Fahrgastschiffahrt in eine kanalverträgliche Art überführen. Er warb dafür, dass der Kanal nicht nur eine Rennstrecke für Fahrgastschiffe sei, sondern ein Ort der sozialen Begegnung für Schwimmer, Kanuten, Anwohner u.a.m. Das Thema der FFH (Flora-Fauna-Habitat) - Richtlinie sei außerdem wichtig. Er plädierte dafür, insgesamt etwas kreativer mit dem Thema umzugehen. Herr Appel schlug vor, eine temporäre Lösung zu suchen, bis man eine dauerhafte Lösung gefunden habe, die nicht nur im Hinblick auf eine einzige Nutzungsform ausgerichtet sei. Technische Varianten könnten seiner Auffassung nach jedoch nur am Ende

einer umfassenden Betrachtungsweise stehen und könnten nicht parallel entwickelt werden.

Herr Kessen wiederholte, dass ein mögliches Verfahren zum Masterplan nur getrennt vom Mediationsverfahren zu sehen sein könne. Dies sei bereits in den letzten Forumssitzungen wiederholt dargelegt worden. Die Vereinbarung für die Aufstellung eines Masterplanes könne ein Ergebnis des Mediationsverfahrens sein, diesen jedoch nicht zum Gegenstand haben.

Herr Dr. Schulz vertrat die Auffassung, dass man heute nicht zu einer abschließenden Klarheit kommen werde von Seiten der Bezirksämter. Er bot an, mit der politischen Ebene der anderen Bezirksämter unter Federführung des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg einen gesonderten Termin zu vereinbaren. Insofern die Bereitschaft bestünde, müsste zunächst eine gemeinsame Zielklärung bezüglich der Aufgabenstellung stattfinden. Dazu sei auch ein Informationsfluss von Seiten SenGUV notwendig. Daraufhin erklärte Herr Rehfeld-Klein, dass der Fachbereich, den er fachlich vertrete, als Partner bereit stünde. Ein Zielkatalog solle allerdings außerhalb des Forums erarbeitet werden.

Herr Kessen stellte erneut klar, dass weder die Aufgabenstellung noch der Masterplan selbst in diesem Mediationsforum erarbeitet würden.

Einen Entwurf für eine Aufgabenstellung habe ein Teil der BI im Vorfeld der Arbeitskreissitzung Planerbeauftragung erarbeitet, dieser sei bereits auf der Homepage des Verfahrens unter www.landwehrkanal-berlin.de eingestellt worden.

Herr Rehfeld-Klein wies darauf hin, dass es sich bei Themen der Wasserqualität und der Wirtschaftlichkeit beispielsweise um Bereiche handle, die die Verwaltung originär betreffe und wünschte sich diesbezüglich eine Vernetzung.

Herr Nagel stellte zusammenfassend fest, dass der Leidensdruck in den verschiedenen Bezirken an anderer Stelle als am Landwehrkanal höher sei und er daher dort keine Priorität genieße. Allerdings mache der äußere Anlass Sinn, sich bezirksübergreifend zu engagieren. Dabei müsse nicht jeder Bezirk gleich viel arbeiten. Herr Nagel forderte die Bezirke mit der größten Betroffenheit auf, sich bei SenStadt zu melden. Ein Aufgreifen des Themas in der Amtleiter-Sitzung der Stadtplaner sei beispielsweise denkbar. Drei Aspekte seien für ihn sichtbar geworden, die eine Rolle spielten: a) das „Sowieso-Interesse“ / Eigeninteresse der Bezirke; b) die Erarbeitung eines übergreifenden städtebaulichen Konzepts - dies gehe nur mit den Bezirken; dort herrschten unterschiedlich starke Betroffenheiten, die mögliche unterschiedliche Bearbeitungstiefen zur Folge haben könnten oder für die eine beispielsweise nur nachrichtliche Teilnahme denkbar wäre; c) politische Fragestellungen, beispielsweise, welche Schiffe im Kanal fahren dürften.

Frau Kalepky stellte klar, dass zu sinnvollen Zeitpunkten eine Information über diese Arbeit erfolgen würde, es allerdings keine permanente Berichterstattung im Mediationsforum geben werde; wenn überhaupt so wäre nur die gelegentliche Präsentation von Zwischenergebnisse denkbar.

Herr Appel forderte die Beachtung der erforderlichen Rückkoppelung der Masterplan-Arbeit auf im Forum zu verabredenden Sanierungsmaßnahmen ein.

7. Verschiedenes und Verabschiedung

Angesichts der notwendigen weiteren inhaltlichen Arbeit schlugen die Mediatoren vor, für die Konzentration auf die weitere Interessenklärung und das weitere Vorgehen kurzfristig eine weitere Forumssitzung einzuberufen. Diese sollte in 14 Tagen, d.h. am 29. September 2008, stattfinden. Eine entsprechende Information werden die Forumsteilnehmer/innen in

Kürze per Email erhalten. Das Forum äußerte Zustimmung. Herr Lingenauber wies darauf hin, dass er sich dann im Urlaub befinden werde.

Der Termin für die nächste Sitzung wurde auf den 29. September 2008 festgesetzt. Herr Kessen und Frau Voskamp bedankten sich bei den Teilnehmer/innen und verabschiedeten die Forumsmitglieder.

Die Sitzung endete um 21:05 Uhr.